

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1925**

256 (6.6.1925) Morgenausgabe

Abgabe... Preis... 1.40 M. Durch die Post... 2.60 M. Zusatz 75 Pf. Zustellgeb...

# Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung  
Verbreiteste Zeitung Badens.  
Karlsruhe, Samstag, den 6. Juni.

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Ziegler...  
Redaktion: Dr. Walter Schöberl...  
Verleger: Dr. Walter Schöberl...  
Druck: Dr. Walter Schöberl...

## Die Entwaffnungsnote der Alliierten.

Eine Reihe überflüssiger Ermahnungen. — Erneutes Räumungsversprechen nach Abstellung der „Verfehlungen“. Die Abrüstungsforderungen: Ein Durcheinander bereits erfüllter Forderungen und unerfüllbarer Bedingungen.

### Die Mantelnote.

Berlin, 5. Juni. (Zuspruch.) Die Note der Botschafterkonferenz hat nach der vorläufigen Uebersetzung folgenden Wortlaut:

In ihrer Note vom 5. Januar d. J. haben die alliierten Regierungen der deutschen Regierung mitgeteilt, daß der Stand der Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland es ihnen nicht gestatte, Deutschland den Vorteil der vorzeitigen, teilweisen Räumung zugute kommen zu lassen, die in Artikel 429 Ziff. 1 jenes Vertrages vorgesehen ist. Gleichzeitig brachten die alliierten Regierungen ihre Absicht zum Ausdruck, den endgültigen Bericht der interalliierten Kontrollkommission abzuwarten, um der deutschen Regierung mitzuteilen, was von Deutschland noch erwartet werden muß, damit seine Verpflichtungen auf militärischem Gebiete gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet werden können.

Nachdem die alliierten Regierungen diesen Bericht empfangen und geprüft haben, der die zahlreichen Verstöße der deutschen Regierung gegen die ihr nach Teil V des Vertrages von Versailles obliegenden Verpflichtungen feststellt, sind sie heute in der Lage, die ihnen angelegentlichste Mitteilung zu machen. Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Vordergrund zu stellen, daß die Gesamtheit der Verstöße eine Lage schafft, die der deutschen Regierung späterhin die Wiederherstellung eines einseitigen, den Gedanken des „Volkes in Waffen“ verwirklichtenden Heeres ermöglichen würde, in förmlichen Widerspruch zu dem Friedensvertrage, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Wahrung der Ordnung innerhalb des Reichsgebietes und zur Abwehr der Grenzen dienen soll. Diese Tatsachen sind es, die die Bedeutung jedes der festgestellten Verstöße in das rechte Licht setzen und dadurch ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben (1). Um den Vertrag von Versailles in seinen grundlegenden Bestimmungen anzuhängen, ist deshalb die Beseitigung der wichtigsten Verstöße notwendig, deren Fortbestehen es verhindert, die militärischen Verpflichtungen Deutschlands als erfüllt anzusehen. Man muß sich vor Augen halten, daß die in Rede stehenden Verstöße einen ernsthafte, aber nicht einen einzigen Beweis für die Nichterfüllung dieses wesentlichen Teiles des Friedensvertrages darstellen. Die alliierten Regierungen haben in dem anliegenden Memorandum aufgeführt:

1. Den Stand der Erfüllung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages, wie er sich aus dem Bericht der Kontrollkommission vom 25. Januar 1925 ergibt.
2. Eine Zusammenstellung der Hauptpunkte der militärischen Bestimmungen, in denen die Alliierten noch nicht befriedigt worden sind.
3. Die Aufstellung der im einzelnen erforderlichen Maßnahmen, hinsichtlich deren die alliierten Regierungen der im Vertrag hierfür vorgesehenen Kontrollkommission alle nötigen Weisungen erteilt haben.
4. Das Verzeichnis der von den Alliierten bereits gemachten Angelegenheiten, das die Darstellung der Sachlage vervollständigen soll.

Die alliierten Regierungen sind überzeugt, daß es von dem guten Willen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden abhängt, die vorhandenen Verstöße in verhältnismäßig kurzer Frist abzuschaffen. Das Endziel ist es nunmehr Sache der deutschen Regierung selbst, die Voraussetzungen zu erfüllen, die eine schnelle Räumung ermöglichen werden. Ihr selbst wird der Eifer, mit dem sie die geforderten Maßnahmen erfüllt und die Aufmerksamkeit, die sie auf die genaue Einhaltung der Bestimmungen des Vertrages verwendet, zu Gute kommen.

Die alliierten Regierungen stellen fest, daß die Reparationskommission in dem anliegenden Schreiben erklärt hat, daß Deutschland heute getreulich seine Reparationsverpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgelegt sind, erfüllt. Sie sind deshalb bereit, die Verstöße, zu denen sie infolge der Nichterfüllung anderer Vertragsbestimmungen berechtigt sein würden, mit Rücksicht auf die ausschlaggebende Bedeutung, die sie der Erfüllung der militärischen Vertragsbestimmungen beimessen, bereit, den Befehl zur Räumung der ersten Besetzungszone zu geben, sobald die im letzten Teil des anliegenden Memorandums aufgestellten Verstöße behoben sein werden.

Es zweifeln nicht, daß die deutsche Regierung während der Durchführung der in Rede stehenden Maßnahmen in dem erforderlichen Zeitraum durch keinen neuen ernsteren Verstoß gegen irgendeine Vertragsbestimmung der Ausführung des Artikels 429 ein Hindernis entgegenstellen wird.

Man würde nichts mehr entgegenstellen, daß die Kontrollkommission abberufen wird, deren Aufgabe als beendet würde angesehen werden können.

Die Abberufung wird dem Völkerbundsrat mitgeteilt werden, damit sich von ihm zur Durchführung des Artikels 213 des Friedensvertrages beschlossene Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden können. Schließlich haben die alliierten Regierungen festgestellt, daß die deutsche Regierung nach ihren Notizen vom 6. und 27. Januar die für die Erfüllung der alliierten Regierungen maßgebenden Gründe anerkennend unzutreffend beurteilt hat. Um jede Möglichkeit eines Mißverständnisses für die Zukunft zu vermeiden, legen die alliierten Regierungen Wert darauf, von neuem, wie sie es schon in ihrer Note vom 20. Januar getan haben, zu betonen, daß sie sich aus Genuß an den Bestimmungen des Artikels 429 des Versailler Vertrages zu halten gedenken. Auch an der Behauptung in der deutschen Note vom 6. Januar, daß die Alliierten mit der Nichterfüllung der Bestimmungen des Artikels 429 eine Vergeltungsmaßnahme ergreifen könnten, können die alliierten Regierungen nicht vorbeigehen. Eine solche Behauptung, die schon in der alliierten Note vom 20. Januar widerlegt ist, stellt ein völliges Mißverstehen der Tragweite der Bestimmungen des Artikels 429 dar. Es war Sache der deutschen Regierung, sich den Vorteil der Räumung der ersten Besetzungszone unter den Voraussetzungen des Artikels 429 durch getreuliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu sichern. Ebenjowenig können die alliierten Regierungen anerkennen, daß ihr Befehl einen Text darstellt, dessen Inhalt außer jedem Verhältnis zur Bedeutung der noch nicht erfüllten militärischen Verpflichtungen stehe. Unter den von der deutschen Regierung in ihrer Note als untergeordnet angeführten Verstößen sind in ihrer Note im Gesamtteil Bestimmungen, auf deren wesentliche Bedeutung die deutsche Regierung von den Alliierten seit langem,

insbesondere in ihrer Kollektionnote vom 20. September 1922, vergeblich aufmerksam gemacht worden ist. Zudem hat die deutsche Regierung noch nach dieser Note wiederholt und zwar noch ganz kürzlich neue, schwere Vertragsverletzungen begangen insbesondere durch die Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr (?) sowie die an zahlreiche verbotene Verbände erteilte Genehmigung zur militärischen Ausbildung (?) und durch die Begünstigung des Ausbaues gewisser Maschinenanlagen in den Fabriken.

Immerhin wollen die alliierten Regierungen in dem Wunsch, jede Auseinandersetzung zu vermeiden, nachdem sie selbst diese Verstöße gekennzeichnet haben, aus der deutschen Note vom 6. Januar lediglich die Versicherung herausgreifen, daß die deutsche Regierung bereit ist, alles zu tun was von ihr abhängt, um schnell zu dem nötigen praktischen Ergebnis zu gelangen. Deshalb appellieren sie erneut und nachdrücklich an die deutsche Regierung, daß sie mit dem nötigen guten Willen an die Regelung der noch schwebenden Fragen herangeht, eine Regelung, die der Ernst der Lage entspricht. Dies ist für sie das einzige Mittel, nach ihren eigenen Worten, Deutschland durch die Befreiung eines Teiles des besetzten Gebietes eine Erleichterung zu verschaffen.

### Die Anlagen der Note.

Die Note der Botschafterkonferenz enthält zwei Anlagen. Die erste betrifft den Stand der von Deutschland erfüllten militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, sowie eine Aufstellung der hauptsächlichsten Punkte, die noch nicht völlig erfüllten Bestimmungen, ferner eine Aufstellung der von der deutschen Regierung bereits eingeräumten Zugeständnisse. Die zweite Anlage enthält ein Schreiben der Reparationskommission an die Botschafterkonferenz, in dem die Reparationskommission auf die Frage der Botschafterkonferenz ob Deutschland heute seine Reparationsverpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgelegt sind, getreulich erfüllt habe, bejahend antwortete.

### Die „Verfehlungen“.

Die in dem ersten Teile der ersten Anlage aufgeführten militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die von Deutschland bereits erfüllt sind, umfassen die Artikel 159 bis 180, sowie den Artikel 211. Die letzte der Maßnahmen, die notwendig sind, damit die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages als in zufriedenstellender Weise erfüllt betrachtet werden können, gliedert die Verfehlungen Deutschlands in drei Hauptteile:

- a) Die Einstellung von Freiwilligen auf kurze Zeit in die Reichswehr;
- b) Organisierung zahlreicher Verbände (welche unerlaubt sind) und die den militärischen Unterricht betreiben;

c) die Begünstigung der Herstellung gewisser Anlagen in den Fabriken.

### Die Beanstandungen bei der Polizei.

Unter den bei der Polizei durchzuführenden Maßnahmen heißt es, die Stärke der Gesamtheit der Beamten und Angestellten aller Kategorien solle 150 000 Mann nicht übersteigen. Die überzähligen Polizeistärken müßten verschwinden. Jede Erhöhung der Bestände der Schutzpolizei oder Freiwilligen ist unterlag. Die gegenwärtige Stärke nimmt die Note mit 180 000 Mann an, so daß die Forderung also auf den Abbau von 30 000 Polizeibeamten hinausgeht. Die Aufstellung der Polizei soll keinen militärischen Charakter tragen. Das Statut für das Personal der Schutzpolizei soll dem für die Ordnungspolizei entsprechen und diesem Personal ebenfalls den Charakter von Beamten auf Lebenszeit verleihen. Wenn die deutsche Regierung die erforderlichen Schritte zwecks Durchführung der angeführten Maßnahmen getan hat, würde in einer gewissen Zahl bedeutender Städte eine staatliche Polizei in Stärke von 150 000 Mann zugelassen werden. Die interalliierte Militärkontrollkommission wird nach Prüfung der deutschen Vorschläge die Orte bezeichnen, in denen staatliche Polizei zugelassen wird und die Großstädte angeben, in denen gewisse Teile der staatlichen Polizei in Kasernen untergebracht werden können. Die Stärke dieser Teile bis zur Durchführung der angeführten Maßregel, die notwendigen gesetzgeberischen oder Verwaltungsmahnahmen, deren Vorkauf von der Kontrollkommission zu genehmigen ist, sollen veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden.

Dann folgt die Liste über die in Fabrikbetrieben und Werkstätten durchzuführenden Maßnahmen.

Die interalliierte Militärkontrollkommission wird die Einzelheiten der durchzuführenden Änderungen angeben und ihre Ausführung überwachen. In den Deutschen Werken in Spandau ist ein vierter Martinsofen zu zerstören, ebenso das Gebäude des Bessemer-Stahlwerkes, das Maßwerk einzuschleifen. In den Deutschen Werken in Hanau wird die Zerstörung einiger Spezialmaschinen verlangt, in Haleshork sollen die begonnenen Neubauten eingestellt werden. Die Kruppwerke in Essen sollen die großen Maschinen der Werkstätte 10 vernichten, daneben die 11 Pressen zur Herstellung von komprimierten Explosivkörpern und außerdem einen Vorrat an Munition. Daneben ist eine große Reihe von industriellen Werken aufgeführt, deren Zerstörung verlangt oder Kontrollen der Kontrollkommission festgesetzt werden. Gewisse Fabrikationszweige sollen ganz unterbunden werden. Die Werkstätten der Truppenwerke sind zu besetzen oder zu entfernen gemäß den von der interalliierten Kontrollkommission bezeichneten Bedingungen. Ebenso verhält es sich mit den Werkstätten der Polizei. (Siehe Fortsetzung auf Seite 2.)

## Die Linksblockvertreter bei Painlevé.

### Erfolgreiche Einigungsversuche.

### Die Gegenätze zwischen Caillaux und den Sozialisten

Paris, 5. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Gemäß dem gestern erfolgten Beschluß begab sich heute eine aus 20 Mitgliedern bestehende Abordnung der vier Linksparteien der französischen Kammer zum Ministerpräsidenten Painlevé. 2 Mitglieder der Gauche Radicale, darunter Loucheur, waren anwesend, 12 Radikalsozialisten, darunter die Führer Cazale und Malon, drei Sozialisten, darunter Renaudel und endlich drei republikanische Sozialisten, darunter der Neger Candace. Außer Painlevé war auch der Finanzminister Caillaux anwesend. Die Besprechung begann um 9 Uhr 30 und wurde um 11 Uhr beendet. Nach Schluß wurden folgende offizielle Mitteilungen ausgegeben:

„Der Ministerpräsident und der Finanzminister empfangen heute eine Abordnung der Linksparteien. Der Gedankenaustausch ergab den lebhaften Wunsch, zu einem Einvernehmen zu gelangen und mit der Regierung zusammen zu arbeiten, um eine Gesundung der Finanzlage herbeizuführen.“

Diese optimistische offizielle Mitteilung entspricht durchaus nicht dem Verlauf der Besprechungen, die in Wahrheit zu keinem Ergebnis führten. Es handelt sich um einen einfachen Gedankenaustausch, der zeigte, daß

die Anschauungen des Finanzministeriums und die der sozialistischen Partei vorläufig durch unüberbrückbare Gegenätze getrennt

zu sein scheinen. Die Sozialisten, vor allem Aurioi, beharren darauf, daß das Budget, wie die Kammer es angenommen hatte und wie es vom Senat in seinen Grundlagen gebilligt worden war, in vollem Gleichgewicht gewesen wäre, sobald Caillaux nicht das Recht gehabt hätte, von einem Defizit von 4 Milliarden zu sprechen. Außerdem aber erklärte Aurioi in der heutigen Besprechung, daß viel wichtiger als die Herstellung des Gleichgewichts im Budget die Stabilisierung der Währung und Maßnahmen wären, die zu einer Verminderung der Staatsschulden führen könnten.

### Caillaux verteidigt seinen Standpunkt.

Caillaux beharrte fest auf seiner Anschauung. Er erklärte, daß tatsächlich ein Defizit von 4 Milliarden im Budget vorhanden sei. Wenn man Kredite im Auslande erlangen wolle, sei es das wichtigste, auf ein Budget hinweisen zu können, das nicht nur im Gleichgewicht stehe, sondern einen Ueberschuß aufweise. Nur auf diese Weise könnte man zu einer Verbesserung der französischen Valuta gelangen. Wenn er das Werk der früheren Regierung in finan-

zieller Hinsicht kritisieren müßte, so sei dies geschehen, weil er der Wahrheit die Ehre geben müßte. Alle Ziffern, die Aurioi bestritten habe, beständen vollkommen zu Recht. Insbesondere sei es nicht leicht möglich, 1½ Milliarden Franken aus den deutschen Zahlungen in das Budget einzustellen, weil der Staat kein bares Geld erhalten würde, sondern wahrscheinlich nur Naturschulden. Mit aller Entschiedenheit sprach sich Caillaux gegen eine Kapitalabgabe aus. Dies würde nur zu einer neuen Verteuerung der Lebensmittelpreise führen. Vermieden sollte auch eine weitere Steigerung der indirekten Steuern werden, dagegen sollten alle Einnahmen, die 20 000 Franken überschreiten, in höherer Weise besteuert werden. Caillaux versprach, daß er in dem Augenblick, da das Budgetprogramm vor die Kammer komme, er alle seine Pläne wegen der Gesundung der französischen Finanzen enthüllen wolle. Uebrigens würden bereits die Opfer, die jetzt von Frankreich in steuerrechtlicher Hinsicht verlangt werden, zu einer Verbesserung der Finanzlage beitragen. Nicht vergessen solle werden, daß auch die interalliierten Schulden geregelt werden müßten.

Nachdrücklich betonte Caillaux, daß, wenn er nicht das Vertrauen der Linksparteien hätte, er entlassen sei, seinen Platz einem anderen Finanzminister zu überlassen.

Schwierig sei die Situation besonders deshalb, weil im Juli, September und Dezember größere Fälligkeiten vorhanden seien. Man müßte eventuell damit rechnen, daß 22 Milliarden Schuldverschreibungen der nationalen Verteidigung zur Einlösung kämen. Wenn auch zu hoffen sei, daß nicht dieser ganze Betrag von den Gläubigern eingefordert werden würde, müßte man doch auf das Schlimmste gefaßt sein.

### Die Frage des Arrondissementswahlrechts.

Paris, 5. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Im Verlauf der heutigen Besprechungen zwischen Painlevé und den Vertretern des Linksblocks wurde auch die Frage der Wiedererrichtung des Arrondissementswahlrechts erörtert. Painlevé erklärte, daß er den Wunsch habe, daß diese Angelegenheit noch vor den Sommerferien erledigt werde. Der Ministerpräsident bat die Vertreter des Linksblocks, in der Versammlung, die sie am Mittwoch abhalten wollen, einen bestimmten Beschluß in der Sache zu fassen. Die Sozialisten wendeten sich bekanntlich dagegen, daß die Angelegenheit noch vor den Sommerferien erledigt würde. Dagegen erklärte die radikalsozialistische Partei heute den Beschluß, nächsten Donnerstag den Antrag einzubringen, daß die Frage der Wiedererrichtung des Arrondissementswahlrechts noch vor den Sommerferien auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt werden soll.



Aus Baden.

Elektrischer Ausbau der Eisenbahnstrecke

Basel - Frankfurt a. M. In der Handelskammer in Mannheim versammelte sich gestern eine Anzahl Interessenten von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, des Hotelgewerbes und der Verkehrsvereine aus Baden, Hessen, Preußen und der Schweiz, um zur Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Basel - Frankfurt a. Main Stellung zu nehmen.

Erhebung der Gebäudesondersteuer für die Landwirtschaft.

Die badische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem die künftlichen landwirtschaftlichen Gebäude von der Gebäudesondersteuer befreit werden sollen. Dafür soll bei den übrigen Gebäuden der Satz von 96 auf 140 M gesteuert werden.

Der Badische Städtebund

Am Samstag, den 27. d. Mis. seinen 30. ordentlichen Städtetag in Reiffach ab.

Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes zur Besoldungsfrage.

Der Gesamtvorstand des D.B.B. hat zur Besoldungsfrage in folgender Entschliessung Stellung genommen: Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat von dem Reichstag Kenntnis genommen. Aus der Entschliessung des Reichstages vom 4. April 1925 hat die Beamtenenschaft entnommen, daß der Reichstag den Willen hatte, bei der Verabschiedung des Reichshaushalts 1925 die Besoldungsfrage so umzugestalten, daß sie den berechtigten Ansprüchen der Beamtenchaft und der aus Staatsgründen notwendigen Besoldung aus ihrer tiefen Verwurzelung nachkommt.

Badischer Kriegervereinsverband.

In der letzten Sitzung des Gesamtpräsidiums konnte wiederum der Zugang von 11 Vereinen festgestellt werden und zwar wurden folgende ausgenommen: Verein ehemaliger 110er Bruchsal (Unterbrunn), Vorstand Oberpostinspektor Brecht, 70 Mitglieder, u. Kriegerverein Leutenkette (Seegau, Vorstand Hauptlehrer Tiesel, 36 Mitglieder). Die Gesuche um Wiederaufnahme folgender Vereine wurden genehmigt: Kriegerverein Im Ebnethal (Seegau), Kriegerverein Hagana (Seegau), Kriegerverein Oberlödenbach (Gau Bergstraße), Kriegerverein St. Nikolaus (Waldenbuch), Kriegerverein Steinen (Waldenbuch), Militärverein Vammertal (Eisenberg), Veteranenverein Tjesheim (Unter Murgau), Militärverein St. Barbara Sulzfeld (Oberer Elsenzgau).

Tagung des Philologenverbandes in Heidelberg

Aus dem Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden Geh. Rat Mellmann ist hervorzuheben, daß schon heute die vorausgesagten Abwärtstendenzen deutlich erkennbar sind, was bedenklich im Gesamtzustand der Lehrer in Erscheinung tritt. Unterrichtszeit wird nicht mit der Uhr gemessen werden. Dies alles wäre zu vermeiden, wenn die Philologen eine größere Rolle spielen, die sie der kulturellen und sozialen Bedeutung ihres Standes zu tun. Kur durch die intensive Arbeit des Philologenverbandes sind noch größere Schäden abgewendet worden. Da die Kulturminister des Reichsministeriums die Mitarbeit der beruflichen Vertreter der höheren Schulen am liebsten ganz ausgeschaltet hätten, sei notwendig geworden, mit dem Reichstag in enger Fühlung zu bleiben. Wir danken den Parteien, sagte der Redner, für das große Verständnis, das sie dem höheren Schulwesen entgegengebracht haben. Die Grundlage geschaffen wird, wie überhaupt die Neuordnung des Schulwesens eine der dringlichsten Fragen der Beamtenchaft darstellt. Zeitziel des Verbandes bleibt, die höhere Schule auf dem Stande zu erhalten, den sie erreicht hat.

In dem Bericht des 2. Vorsitzenden Behrend-Berlin über Schulfragen wurde darauf hingewiesen, daß der vom Vorstand aufgestellte Leitgedanke über den Aufbau des höheren Schulwesens in Deutschland in allen Landesverbänden Zustimmung gefunden habe. Es ist daher an der Zeit, daß der Aufbau reichsgegliedert geregelt wird. Die Versuche, Mittelschulen oder sonstige behobene Schulen durch Einführung von Prüfungen, die als Ersatz der mittleren Reife dienen, mit den höheren Schulen gleichzustellen, sind zu verwerfen. Anforderungen in der nächsten Zeit überall erhöht werden. Jedem ist herabgesetzt werden können.

Von Anfang an hatte der Philologenverband nach genauer Prüfung der Sachlage vorausgesehen, daß der Schulabbau keine Erwünschtheit mit sich bringen würde. Dies ist eingetroffen und wird weiter anerkannt, auch von den zuständigen Stellen. Wir fordern aber Energie Rückgängigmachung der Abbaumaßnahmen. Den Kollegen zeigt Oldenburg, das die alte Pflichtenstellung und Klassennummern wieder eingeführt hat. Im Interesse unseres Vaterlandes bitten die Philologen dafür sorgen, daß dem Bildungsmake ein größeres Interesse in der breitesten Öffentlichkeit entgegengebracht wird, als dies heute vielfach geschieht.

Am 4. Tage wurden Fragen der Innenorganisation beantwortet und die Neuwahlen des Vorstandes vorgenommen, die zur Wahl von Mellmann zum 1. Vorsitzenden führte. Bei Be-

Baden auf der Deutschen Verkehrsausstellung München 1925.

In der Deutschen Verkehrsausstellung München 1925, die schon in den ersten Tagen nach der Eröffnung einen Massenbesuch aufweist und ihrer endgültigen Vollendung entgegengeht, nimmt auch Baden eine ganz hervorragende Stelle ein. Bei der beispiellosen Weitläufigkeit der Ausstellung mit ihren weitverzweigten Hallen und Anlagen ist es nicht leicht, einen Überblick über die Beteiligung der einzelnen Länder zu bekommen und es würde eine ganze Reihe von Wanderungen durch die Ausstellung notwendig sein, um ein wirklich vollständiges und erschöpfendes Bild der Beteiligung der einzelnen Länder, Industrien usw. gewinnen zu können. Soweit läßt sich aber heute schon sagen, daß sowohl die badische Industrie, als auch städt. und staatliche Behörden Badens die Ausstellung in reichem Maße besichtigt haben.

Schon in der Halle I, die dem Bahnverkehr gewidmet ist, stoßen wir auf eine Sonderausstellung der bekannten Mannheimer Firma Josef Bögele u. G. Es werden hier Pläne und Abbildungen von mechanischen Rangieranlagen, darunter die Feuerlöscher-Rangierbrücke und der Heintzschke Antrieb gezeigt. Die gleiche Firma ist auch an der Herstellung eines großen Eisenbahnbetriebsmodells beteiligt, das einen der Hauptziehungspunkte der Ausstellung bilden dürfte. Das Modell soll durch die Vorführung von Personen-, Verschlebe- und Güterbahnhöfen sowie von Eisenbahnlinien in Betrieb auf das Verständnis der Einzeldarstellungen von Bahnhof- und Sicherungseinrichtungen vorbereiten.

Ein Nebenraum birgt eine Sonderausstellung der Reichsbahndirektion Karlsruhe und des Badischen Verkehrsverbandes. Hier stellt zunächst ein lebendig gestaltetes Modell des Schwarzwaldes mit seinen Verkehrslinien. Die Plastik stammt von Bildhauer Meierhuber in Karlsruhe, während die Bemalung und die technische Einrichtung Direktor Burkhard vom Landestheater Karlsruhe besorgte. Neben Bildern und Plänen fällt noch besonders ein prächtiges Modell des Eisenbahnererholungsheimes Bad-Dürrenheim auf.

Ein weiterer Nebenraum, der die Abfertigungsstelle und ihre Einrichtung veranschaulicht, zeigt u. a. einen modernen Schalterfahrkartendrucker der Firma Wolf Zöllin jun. Karlsruhe. In der Abteilung Maschinenbau- und Elektrotechnik sehen wir dann Modelle, Einzelteile von Fahrzeugen, Konstruktionszeichnungen von Eisenbahnwagen von der Waggonfabrik A.G. Rastatt, ferner eine Reihe Maschinen für das Stoffprüfungsweesen aus der Mannheimer Maschinenfabrik Mohr und Federhaff in Mannheim.

In der Halle II, die dem See- und Binnenseeverkehr gewidmet ist, erinnert ein Modell des Mannheimer Hafens mit einer Reihe von Plänen an die große Bedeutung Mannheims im deutschen Wasserverkehr. Sehr reichhaltig ist hier auch die Badische Aktien-Gesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport Mannheim vertreten, sowie die Rheinschiffahrtsaktiengesellschaft vorm. Fendels-Mannheim, die „Athena“ Transportgesellschaft Mannheim und die Karlsruhe Schiffahrtsaktiengesellschaft. Die Schiffs- und Maschinenbau A.G. Mannheim stellt eine Anzahl moderne Baggermaschinen aus. Der Rheinschiffahrtskonzern „Athena“-Mannheim ist mit Modellen und Plänen aus dem Gebiete der Binnenschiffahrt ver-

treten. Angenehm fallen hier künstlerische Reklamebilder auf, die von dem bekannten Aftalamer Bollbehr stammen. Auch das Städt. Hochbauamt Karlsruhe, sowie die Badische Wasser- und Straßenbaudirektion sind mit Plänen und Abbildungen zur Stelle.

In der Halle IV, in der eine geschlossene Automobilausstellung von geradezu erstaunlicher Vielseitigkeit untergebracht ist, fällt sofort eine schneidige Sechszylinder-Benz-Limousine der Mannheimer Firma Benz u. Co. auf. Die Benzwerke Gaggenau in Baden führen die neuesten Arten von Lastwagen vor, u. a. einen 55 P.S.-Vier-Zylindermotorminibus, der als Aussichtswagen für 26 Personen gebaut ist und für den Winterbetrieb eine Karosserie mit abnehmbarem Koffler besitzt. Die Badische Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. Karlsruhe zeigt Großflächenwagen, eingerichtet für Kafferttransport. Die Berlin-Karlsruher Industriewerke sind mit Kugellagern, Rollenlagern, Press- und Ziehmaschinen für Automobile vertreten, während die Metallwarenfabrik M. Amson-Mannheim verschiedene Neuerungen für das Kraftfahrzeugwesen, insbesondere Richtungszeiger bringt.

In den weiteren Hallen wird die Entwicklung des Postverkehrs, der Telegraphie, des Fernsprechwesens dargestellt. Besonders Interesse verdient auch hier eine sehenswerte Ausstellung der Reichsdruckerei. Die Firma Winterhalder und Ritsche-Karlsruhe hat Leuchtmaschinchen aus Eisenbeton und andere technische Neuerungen ausgestellt. In der Ausstellung der Straßenbaumaschinen sehen wir aus den Motorenwerken Mannheim A.G. eine Diesel-Zugmaschine „Motorpferd“ und eine Scherölzugmaschine der Firma Heinrich Lanz-Mannheim. In der Abteilung Straßenbahnen sind die Berlin-Karlsruher Industriewerke mannigfaltig vertreten, während die Stadtgemeinde Karlsruhe eine Uebersicht über die Straßenbefestigungen, sowie einen Stadterweiterungsplan beiträgt.

In der Ausstellung des Vereines „Deutscher Fahrrad-Industrieller“ begegnen wir den Eisenwerken Gaggenau (Badenia), die mit einer Reihe von Modellen vertreten sind.

Auf dem Ausstellungsplatz treffen wir wieder eine ganze Serie badischer Erzeugnisse. So zeigt die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe eine moderne Personenzuglokomotive mit Benzindiesel-Motor und Flüssigkeitsantrieb. Unter den elektrischen Lokomotiven befindet sich durch ihre Eleganz in der Form eine Schnellzuglokomotive ebenso wie eine Liliputlokomotive der Maschinenfabrik Koveri u. Co. Mannheim-Käfertal, während die Heidelberger Firma H. Fuchs einen sechszylinder Salonwagen ausstellt und die Reichsbahndirektion Karlsruhe mit Plänen und Modellen von Bahnhofsbauten statisch vertreten ist.

Diese Stichproben mögen eine Vorstellung davon geben, daß die badische Arbeit im Verkehr, Industrie und Technik der Deutschen Verkehrsausstellung das lebhafteste Interesse entgegengebracht hat und im Rahmen dieses großen Unternehmens einen ehrenvollen Platz einnimmt. Das Land Baden beweist damit, daß es an der Fortentwicklung aller dem Verkehr gewidmeten Einrichtungen hervorragend mitgewirkt und an dem Ruhm deutscher Technik auch für seinen Teil wohl begründeten Anspruch hat.

Die Besoldungsfrage wurde Kritik an der unglücklichen Form und den Methoden in der Denkschrift des Finanzministers geübt, Durchschnittsgehälter ganzer Gruppen zu errechnen unter Hinzurechnung von besonderen Zulagen einzelner Beamten (Ministerialzulagen usw.). Bezeichnend sei, daß Reichshaupt und Reichsbahn, die beide besondere Zulagen haben, in der Denkschrift sich gegen die Erhöhung der Besoldung der übrigen Beamten aussprechen.

Die Solidarität, die die deutsche Philologenschaft mit den österreichischen Verbänden verbindet, tritt aus einer Entschliessung hervor, die der Philologentag angenommen hat: „Der 9. Verbandstag des Deutschen Philologentages in Heidelberg hat mit Unterstützung zur Kenntnis genommen, daß die deutsch-österreichische Philologenschaft durch das Gehaltsgesetz von 1924 und dessen Auswirkungen in die Rolle von Adamenten minderen Grades in der österreichischen atademischen Beamtenchaft gedrängt wurde. Die Deutsche Philologenschaft ist sich dessen bewußt, daß der Kampf im gemeinsamen Interesse des Ansehens unseres Standes geführt wird und verfolgt die Interessen der österreichischen Kollegen mit Aufmerksamkeit, warmem Mitleid und steter Hilfsbereitschaft.“

Eine Reihe von geistlichen Veranstaltungen sowie eine Schloßbesichtigung am Abend beschloß die harmonisch verlaufene Tagung. Mit dem Deutschen Philologentag verbunden war eine Versammlung des Verbandes Deutscher Geschichtsschreiber. 13 Professoren deutscher Hochschulen stellten ihr Wissen und ihre Arbeit in den Dienst der Tagung, wissenschaftlich zu begründen, daß die besetzten Gebiete deutsch waren, deutsch sind und deutsch bleiben.

Im Monat Mai betrugen die neu zugegangenen Spareinlagen bei der städtischen Sparkasse 219.381,04 M., die Rückzahlungen 36.178,57 M., somit Mehreinlagen 183.202,47 M. Einleger sind im Mai zugegangen 144, abgegangen 3. Im Giro- und Konto-Korrentverkehr betrug der Umsatz im Mai 3.4 Millionen Mark. In der letzteren Abteilung sind im Monat Mai 88 zu-, 3 abgegangen. Auf 1. Juni d. J. betragen die Sparguthaben 1,5 Millionen, die Giroguthaben 530.000 M., mithin Gesamtguthaben der Einleger und Giroteilnehmer ungefähr 2 Millionen Mark.

Staffort, 5. Juni. Der in den 50er Jahren stehende Ratsschreiber Malsch legte sich zwischen Mantelloch und Friedrichstal auf die Schienen der Staatsbahn, wurde überfahren und auf der Stelle getötet. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt.

Mönchzell bei Heidelberg, 4. Juni. (Todesfall.) Nach längerem Leiden starb hier Bürgermeister Wettermann im 74. Lebensjahre. Ueber 20 Jahre war der Verstorbene Gemeindevorstand.

Rastatt, 5. Juni. Im Rechnungsjahr 1924/25 vom 1. 4.24 bis 31. 3. 25 betrug der Gesamtaufwand für die Gemeindefürsorge unserer Stadt 100.549 M., und zwar der Kriegssopferfürsorge 2698 RM., Sozialrentnerfürsorge 42.773 M., Kleinrentnerfürsorge 32.157 M., Minderrentnerfürsorge 13.796 M., von dem Aufwand entfallen 2/3 auf die Staatskasse. - Den 23. ordentlichen Verbandstag des badischen Bäderinnungsverbandes veranstalteten die badischen Bädermeister am 23. Juni vormittags halb 11 Uhr im Konzentrale zu Rastatt.

Bühl, 5. Juni. Die Erdbeerernte ist nun in vollem Gange. Infolge des günstigen Wetters fällt die Ernte sehr gut aus. Der tägliche Verkauf ist außerordentlich stark.

Offenburg, 5. Juni. Die Erwerbslosenziffer des Bezirks, die Mitte Mai den seit langem niedrigen Stand von 191 erreicht hatte, ist jetzt wieder auf 309 (200 männliche und 109 weibliche) angestiegen. Die Zunahme rührt in erster Linie von der Werksbeurlaubung einiger Tabakfabriken des Landbezirks her, durch die allein in den Landorten des Amtsbezirks Offenburg 105 Arbeiterinnen brotlos geworden sind. Diese Arbeitsaussetzungen sollen in etwa acht Tagen beendet sein. Auch in der Stadt Offenburg werden wieder 120 Hauptunterstützungsempfänger unterstützt (117 männliche und 3 weibliche). Davon können 40 durch die von der Stadt ausgeführten Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Etwa 4/5 dieser städtischen Erwerbslosen sind ungelernete Arbeiter. Die gelernten Handwerker sind jetzt fast restlos untergebracht. Dagegen ist die Zahl der erwerbslosen Kaufleute immer noch sehr hoch. Ihre Zahl wird in der nächsten Zeit durch Zugang von Bankbeamten, denen gekündigt ist, noch steigen.

Burheim a. R., 5. Juni. (Reuchhufen.) Unter den Kindern ist einigen Wochen der Reuchhufen aufgetreten, der sich immer

mehr ausbreitet. Die erste Klasse der Volksschule ist schon seit einiger Zeit geschlossen.

Mühlheim, 6. Juni. (Einbruchdiebstahl.) In Rheinweiler wurde in das Pfarrhaus eingebrochen und eine Menge Schmuckgegenstände, wie goldene Ringe, Diamantnadeln, Uhren und Bekleidung im Werte von einigen 1000 M. gestohlen. Die Täter sind noch unbekannt.

Ewatingen (Amt Donaueschingen), 5. Juni. (Brand.) In der Nacht zum 4. Juni brannte hier das Doppelwohnhaus des Landwirts Karl Zimmermann und der Witwe Wölke vollständig nieder. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Der Schaden an Gebäuden und Fahrnissen beträgt annähernd je 13.500 M.

Aus den Nachbarländern.

Neustadt a. d. S., 5. Juni. (Drahtbericht.) Die Vertreter des gesamten Pfälzer Weinbaues und Weinhandels trafen hier zusammen. Aus den Ausführungen der einzelnen Vertreter kam die tiefgehende Erregung der beteiligten Kreise des Weinbaues und des Weinhandels zum Ausdruck. Das Referat über die Verhandlungen zum deutschspanischen Handelsvertrag hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Bayerndörfer aus Neustadt a. d. S.

Königsbach (Pfalz), 5. Juni. Bei lebendigem Leibe verbrannt ist der 45 Jahre alte Winzer Peter Deppe von hier. Er war in seinem Garten mit dem Ausbrennen von Raupennestern beschäftigt. Das Gesuch in der Weise, daß er an eine Stange Schwefelzweige befestigte und sie anzündete. Dabei bemerkte er nicht, daß herabfallende, brennende Schwefeltropfen seine Kleider in Brand setzten, bis er plötzlich in hellen Flammen stand. Als die auf seine Hilferufe herbeigeeilten Nachbarn ihm Hilfe leisten wollten, fielen ihm seine Kleider bereits vom Körper. Er war über und über mit Brandwunden bedeckt, sodaß er nach einiger Zeit starb.

Meuterei Marokkaner in Gernersheim?

Gernersheim, 5. Juni. Seit einigen Tagen herrscht unter den hiesigen Kolonialtruppen eine sehr starke Erregung, die auf die Vorgänge in Marokko und die damit zusammenhängende sehr scharfe Behandlung zurückzuführen ist. Diese Erregung steigerte sich, nach einer noch unbestätigten Mannheimer Blättermeldung, zu einer offenen Meuterei, bei der 4 Offiziere getötet wurden. 15 Marokkaner sollen erschossen werden. (Zuweit diese Nachricht zutrifft, ließ sich nicht feststellen.)

DUNLOP CORD. Viele alte Wagen nur noch im Gebrauch - weil Dunlop-Reifen unverwüßlich. Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Damen-Strümpfe. Kinderstrümpfe • Kindersöckchen. Herrsöckchen. Sport-Stutzen. in bekannt guten Qualitäten zu mässigen Preisen. Gebrüder Ettlenger.



Tag des Deutschen Badewesens in Karlsruhe.

Samstag, den 6. Juni 1925, nachmittags 5 Uhr, im großen Saal der Festhalle

Große Werbeversammlung: „Bauf Bäder“

Eintritt frei!

Jedermann ist freundlichst eingeladen!

Ein Massenbesuch soll zeigen, daß die Karlsruher Einwohnerschaft regen Anteil nimmt an den Bestrebungen zur Hebung der Volksgesundheit. Der Ortsausschuß: Schneider, Bürgermeister.

Advertisement for 'Badisches Landestheater' featuring 'Die heilige Johanna' and listing cast members and performance times.

Advertisement for 'Pianos' and 'Harmoniums zur Miete' by R. Maurer, located at Kallertstr. 116.

Advertisement for 'Schützen-Gesellschaft Karlsruhe' for a shooting competition on June 7th and 14th.

Advertisement for 'Gesellschaft für geistigen Aufbau' featuring a lecture by Graf Keyserling on 'Philosophie und Weisheit'.

Advertisement for 'Albert Sexauer' restaurant, offering a 'Zum Rheingold' dinner and 'Speise-Restaurant' with various wines.

Advertisement for 'Internationale Polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe (Baden) 1925' at the City Exhibition Hall from June 7-24.

Advertisement for 'STADTGARTEN' featuring a concert by the 'Schülerkapelle' and 'Konzerte des Musikvereins Karlsruhe'.

Advertisement for 'Bund der Kinderreichen' with a lecture by Franz Rutschmann on the needs of children.

Advertisement for 'Kühler Krug' restaurant, featuring a 'Großes Gartenkonzert' on June 7th.

Advertisement for 'RESI Lichtspiele' at Waldstrasse 30, showing the play 'Ich liebe Dich'.

Advertisement for 'Wiener Hof' restaurant, featuring a 'Tanz-Abend' on Saturday and Sunday.

Advertisement for 'Kaufvermittlung' and 'Kaufvermittlung' services, including real estate and business transactions.

Advertisement for 'Verloren' (Lost) items, including a watch and a bag, with contact information for the finder.

Advertisement for 'Immobilien' (Real Estate) services, including property sales and rentals.

Advertisement for 'Haus' (House) for sale or rent, located in Karlsruhe.

Advertisement for 'Wirtschafts-Anwesen zu verkaufen' (Business Property for Sale) with details on location and price.

Advertisement for 'la Bleikristalle' (Lead Crystals) and '6/24 PS. Adler' (6/24 HP. Adler) motorcycles.

Advertisement for 'N.S.U. Wagen' (N.S.U. Cars) and 'Kinderbett' (Children's Bed).

Advertisement for 'Orient-Brücke' (Orient Bridge) and 'Pianino's' (Pianos).

Advertisement for 'Bauplatz' (Building Plot) and 'Kaugeluche' (Candy).

Advertisement for 'Kleiner Tischschrank' (Small Table Cabinet) and 'Kleiner Tischschrank'.

Advertisement for 'Motorrad' (Motorcycle) and 'Motorrad'.

Advertisement for 'Ternmark' (Ternmark) and 'Schäferhunde' (Shepherd Dogs).

# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

## Die geplante Aufwertung der rumänischen Valuta.

Von unserem rumänischen Berichterstatter.

Feg. Bukarest, Ende Mai.

Finanzminister Vintila Bratianu will den Lei, der gegenwärtig in Zürich zwischen 2.40 und 2.50 Centimes notiert, innerhalb eines Zeitraumes von 15 oder 20 Jahren auf die Goldparität bringen. Das Finanzministerium traf mit der Nationalbank, dem Noteninstitut des Staates, ein Uebereinkommen, das hierfür den gesetzlichen Rahmen abgeben soll.

Vorausgesetzt muß werden, daß nach der Ansicht des Gouverneurs der Nationalbank Dr. Romulu der Lei in Zürich weit unter seinem eigentlichen Werte notiert, da den 18 Milliarden Banknoten, die im Umlauf sind, eine Bedeutung von etwas über 30 Milliarden gegenübersteht, wenn man den Metallstock von 250 Millionen Goldfrancs nach dem gegenwärtigen Umrechnungsschlüssel mit mindestens 10 Milliarden Papierlei annimmt, ferner in Erwägung zieht, daß 11 Milliarden durch Staatscheine gedeckt sind, das Estimptoperteufelle der Bank 7 1/2 Milliarden beträgt und die Hypothekensicherstellungen für den Industriefiskal ebenfalls mit 1 1/2 Milliarden veranschlagt werden können.

Das Uebereinkommen mit der Notenbank — ein zweites sieht die Erhöhung des Aktienkapitals von 12 auf 100 Millionen Lei auf breiter nationaler Grundlage vor — will die Tilgung der sich auf 11 Milliarden belaufenden Staatschuld an das Noteninstitut innerhalb der angegebenen Frist in der Weise vornehmen, daß der Staat alljährlich aus einem zu schaffenden Tilgungsfond an die Nationalbank Summen abführt, die den Wert des Lei im Verhältnis zu seiner zunehmenden Bedeutung hebt.

Dieser Tilgungsfond soll gespeist werden aus den Erträgen des Luxusabgaben, den Einkünften des Staates aus den der Privatindustrie gegen Paßt überlassenen Schürfrechten (im Falle aber diese Paßteinkünfte zur Sicherstellung einer Auslandsanleihe verwendet werden sollten, verpflichtet sich der Staat im Einvernehmen mit der Notenbank, dieser eine der Anleihe entsprechende Geldzufuhr zu bewilligen); weiter fließen dem Tilgungsfond die liquidierten Vermögen ehemaliger Feinde wie auch die Wiedergutmachungssummen und die Entschädigungen Deutschlands für die emittierten Banca Generale-Noten, zu ferner jene Gelder, die dem Staate für die Einlösung der fremden Valuten und für die im Auftrage der Entente-mächte erfolgten Zerstörungen der Petroleumquellen rückerstattet werden.

Die Aufwertung des Lei soll so langsam als möglich, im Anfang etwas rascher als gegen Ende erfolgen, durchschnittlich aber jährlich 6.50 Prozent erreichen, jedoch im Jahre 1940 (oder 1945) die Goldparität erzielt wäre.

Von oppositionellen Volkswirtschaftlern wird der Aufwertungsversuch als eine glatte Unmöglichkeit hingestellt, die das Wirtschaftsleben des Landes dem Ruin preisgibt. Das führende Wirtschaftsblatt „Argus“, das für eine Stabilisierung des Lei auf einer Basis eintritt, die sich von dem gegenwärtigen Stand nicht erheblich unterscheidet, leitet unter den Gegnern der Währungsreform die Regierung eine Enquete ein, die an Schärfe der Beurteilung nichts zu wünschen übrig läßt. Fast übereinstimmend wird darauf hingewiesen, daß kapitalistische Unternehmungen durch die verlustige Aufwertung lässig getroffen werden, da ihr jährlicher Bruttoumsatz um beinahe 30 Prozent abnehmen müßte, was niemand auf die Dauer aushalten würde. Auch der Bauer könnte aus dem Verkauf seiner Ernterträge nicht die Mittel für die nächste Ansaat aufbringen. Nach der Ansicht des ehemaligen Finanzministers Garoflid müßte die Bewirtschaftung des Aufwertungsübereinkommens eine soziale Umwälzung hervorrufen, da der einzelne nicht mehr zu arbeiten brauchte, die Zeit bejagte dies für ihn, indem sie den Wert der Leibantnote nach jedem Jahr hebt. Die Rettung Rumäniens könnte nach einem Ausbruch des kürzlich verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Marghiloman nur durch allerintensivste Arbeit gefunden werden. Das Uebereinkommen mit der Notenbank bezwecke aber gerade das Gegenteil. Ferner bringe die Aufwertung nur jenen Vorteile, die durch die Inflation reich geworden seien.

Die rumänische Finanzgeschichte steht vor einem schicksalsschweren Wendepunkt. Der Streit der Meinungen wird schon in der nächsten Zukunft anheben, und man wird sich darüber nicht hinwegtäuschen dürfen, daß er mit bisher ungenannter Leidenschaft geführt werden wird, denn die Opposition wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel mobilisieren, um gegen die Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung anzukämpfen.

Die Entscheidung wird aber im Ausland liegen. Traut das Ausland Rumänien nicht die Kraft zu, seine Valuta aus eigener Kraft ohne Anleihe innerhalb von 15 oder 20 Jahren auf den Goldstandard zu bringen? Und wird der ausländische Getreide- oder Petroleumkäufer geneigt sein, für die teilweise Bezahlung der Differenz zwischen Papierlei und Goldlei aufzukommen?

## Banken und Geldwesen.

**Braunschweigische Staatsbank.** Die Braunschweigische Staatsbank legt die RM-Gründungsbilanz per 1. April 1924 und die Jahresbilanz für 1924/25 vor. Das Grundvermögen (Eigenkapital) beträgt 2.500.000 RM, gegenüber 805.513 RM vor dem Kriege. Der Jahresgewinn stellt sich auf 640.416 RM, gegen 410.365 RM im Vorjahr. Hiervon werden gemäß § 48 des Statuts 150.000 RM an den Reservefonds, 30.000 RM an den Kursrücklagefonds, 450.000 RM = 16 Prozent des Grundkapitals der Staatskasse überwiesen und 10.416 RM auf neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsbericht zeichnet eingehend die Finanzlage in Deutschland nach der Währungsstabilisierung und weist darauf hin, daß bei einem Teile der öffentlichen Banken die anvertrauten Mittel eine besorgniserregende Verwendung gefunden haben. Eine Konzentration im öffentlichen Bankgewerbe sei erforderlich. Die Braunschweigische Staatsbank sei an den Mißständen weder mittelbar noch unmittelbar beteiligt. Bemerkenswert sind ferner die Ausführungen zur Aufwertungsfrage der Schuldverschreibungen, die gerade gegenwärtig angeht, die neuen Anträge der Regierungspartei, die gerade gegenwärtig angeht, die neuen Anträge der Regierungspartei, die gerade gegenwärtig angeht, die neuen Anträge der Regierungspartei, die gerade gegenwärtig angeht.

öffentlichen Rechtes. Von der Woca wurde ein erheblicher Aktienposten der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt erworben, mit der eine Interessengemeinschaft eingeleitet wurde. Die Zahl der Beamten und Angestellten beläuft sich auf 365 gegen 704 im 1923 einschließlich derjenigen Betriebe, die der Verwaltung unterliegen, ohne diese sonstigen Betriebe beschäftigt die Staatsbank 297 Beamte gegen 608. Im Pfandbriefgeschäft wurde im Berichtsjahr dem 160. Geschäftsjahr, von Neu-Emissionen Abstand genommen. Auf Grund der leichter gewordenen Verhältnisse wurde nach Schluß des Berichtsjahres die Emissionstätigkeit wieder aufgenommen.

**Amerikanische Kredite für die oberhessische Montanindustrie.** Dieser Tage haben sich einige Vertreter der oberhessischen Großindustrie nach Amerika begeben, zwecks Aufnahme von Krediten für die oberhessische Montanindustrie.

## Reichsbankausweis vom 31. Mai

Aktiva	23. Mai	31. Mai	
Noch nicht begebene Relebankantelle	177 212 000	177 212 000	unverändert
Goldbestand (Barren, Gold und zwart)	1 015 292 000	1 015 661 000	+ 369 000
Goldkassenbestand	949 755 000	959 175 000	+ 9 417 000
Golddepot (unbelastet bei ausländ. Zentralnotenbanken)	65 534 000	69 486 000	+ 9 048 000
Bestand an deckungsfähigen Devisen	338 430 000	338 553 000	+ 123 000
Bestand an sonstigen Wechseln und Schecks	1 851 303 000	1 648 488 000	- 202 815 000
Bestand an dtsch. Scheidemünz.	64 378 000	65 721 000	+ 2 652 000
Bestand an Noten und Banken	27 975 000	27 233 000	- 742 000
Bestand an Lombard-Forderungen	18 350 000	27 943 000	+ 11 893 000
Bestand an Effekten	200 377 000	200 552 000	+ 175 000
Bestand an sonstigen Aktiven	1 160 987 000	963 870 000	- 197 097 000
<b>Passiva</b>			
Grundkapital			
a) begeben	122 788 000	122 788 000	unverändert
b) noch nicht begeben	177 212 000	177 212 000	unverändert
Reservefonds			
a) gesetzl. Reservefond	25 408 000	25 408 000	unverändert
Spez. Res. Fonds für künft. Divid.			
b) Divid. Zahlung	33 404 000	33 404 000	unverändert
c) sonst. Rücklagen	127 000 000	127 000 000	unverändert
Bestand an unentz. Noten	2 312 312 000	2 608 797 000	+ 405 985 000
Sonst. tagl. fall. Verbindlichk.	636 365 000	581 475 000	- 54 890 000
Darlehen bei der Rentenbank	10 519 000	9 826 000	- 693 000
Sonstige Passiva	820 986 000	759 281 000	- 61 685 000
Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im inland zahlbaren Wechseln	596 015 000	584 515 000	- 61 500 000

Bei den Abrechnungs-Stellen wurden im Monat Mai abgerechnet 4 102 706 (14) Mark.

Der letzte Monatschluß brachte der Reichsbank, wie aus dem vorstehenden Reichsbankausweis hervorgeht, wiederum eine beträchtliche Entspannung, die sich jedoch ungefähr im Ausmaß des vorigen Ultimo hielt. Die Wechselanfrage erhöhte sich um 297,1 auf 1648,4 Mill. RM, und zwar sind 236,3 Mill. RM an Wechseln von der Privatwirtschaft heringekommen worden, während 61,5 Mill. RM an die öffentlichen Stellen vom Konsum zurückgefließen sind, deren Gesamtbeitrag sich dadurch auf 534,5 Mill. RM verminderte. 0,7 Mill. RM, landwirtschaftliche Wechsel sind an die Rentendank zurückgegeben worden, so daß das Darlehen bei dieser sich nunmehr noch auf 9,8 Mill. RM beläuft. Die Lombardanfrage erfuhr eine Erhöhung um 11,4 auf 27,9 Mill. RM. Die gesamte Kapitalanfrage vermehrte sich um 308,7 auf 1876,9 Mill. RM. An Reichsbanknoten sind in der Ultimowoche 406 Mill. RM, neu in den Verkehr gekommen, so daß der gesamte Notenumsatz 2608,8 Mill. RM beträgt. Der Bestand der Reichsbank an Rentendankscheinen erfuhr eine Vermehrung von 225,2 auf 313 Mill. RM. Der Gesamtumsatz an Papierzahlungsmitteln und Scheidemünzen beläuft sich gegenüber auf 4766 Mill. RM, gegenüber 4516 Mill. RM am 30. April 1925. An fremden Geldern wurden der Bank 254,9 Mill. RM entzogen, so daß der Bestand auf 581,5 Mill. RM zurückging. Der Goldbestand zeigt eine unwesentliche Erhöhung um 0,4 auf 1015,7 Mill. RM. Der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 0,1 auf 338,6 Mill. RM. Der Bestand an Scheidemünzen verminderte sich um 2,7 auf 65,7 Mill. RM. Die Dedung der Noten durch Gold allein ging von 46,1 auf 33,9 Prozent, die Dedung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 61,5 auf 51,9 Prozent zurück.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Der Reichsverkehrsmittel besichtigt das Waghener Industriegebiet.** Nachdem erst dieser Tage der preussische Handelsminister Dr. Schreiber in wirtschaftlichen Angelegenheiten Waden einen Besuch abgestattet hatte, weihte gestern Reichsverkehrsmittel Dr. Krohne in ähnlicher Mission in Waden. Der Besuch erfolgte im Verfolg der kürzlich vom Reichstagsabgeordneten Sinn im Reichstag eingebrachten Interpellation über den Bau des für das Waghener Industriegebiet so ungenauer wichtigen Seilentals nach Rhein, um Befestigungen vorzunehmen und Feststellungen zu machen. Der Minister hatte bereits eine eingehende Besprechung mit dem Reichstagsabgeordneten Sinn, dem Regierungspräsidenten und Vertretern der Städte, Industrie und der Handelskammern. Es fand eine eingehende Besichtigung des Waghener Industriegebietes, insbesondere des Wurmbergbaugebietes statt.

**Die französische Schiffsahrt auf dem Rhein.** Die Compagnie Generale pour la Navigation du Rhin Strasbourg, hat wie wir vornehmen in Köln und Duisburg besondere Vertretungen in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung errichtet.

**Der Preisverfall in den Häfen von Straßburg und Aehl.** Der Gesamtverfall der beiden Rheinhäfen betrug im April 329 307 t, davon entfallen 185 388 t auf die Einfahrt und 143 649 t auf die Ausfahrt. Bei der Einfahrt waren es 127 929 t Kohlen, 20 995 t Getreide und 36 464 t verschiedene Waren. Ausgeführt wurden 173 716 t Kohle, 81 669 t Kohlen, 11 178 t Getreide und 37 086 t verschiedene Waren.

**Die französische Mineralförderung im März.** Die Mineralförderung Frankreichs zeigt im März, der drei Tage mehr zählt, als der Monat Februar eine Zunahme. Es wurden gefördert: Eisenerze 3 049 000 t (im Februar 2 767 000), Kalksteine 108 699 (97 100), Steinkohle 125 947 (108 100), Mineralöle 6 014 (1630), Brauzit 32 260 (32 000), Schwefelstein 17 187 (16 301) Tonnen. Die Feldsteinabfälle an Eisenerzen stellten sich Ende März auf 1 844 400 t (1 882 000).

**Die Arbeitslosigkeit in England.** Die Arbeitslosigkeit in England zeigt eine Zunahme gegenüber der Vorwoche um 1089 Personen. Die Anzahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 1 186 100, also 170 474 mehr als in derselben Woche des vergangenen Jahres. Industrielle Arbeiterparnisse in Amerika. Die elektrischen Kraftwerke Amerikas, die im Jahre 1919 2,9 Ib Kohle für die Stromerzeugung verbrauchten, haben diese Durchschnittsmenge durch Verbesserung der Anlagen im Jahre 1924 auf 1,9 Ib vermindert. Das bedeutet eine jährliche Kohlenersparnis von 17 Mill. Tonnen. Durch den Bau arthorer und leistungsstärkerer Lokomotiven haben die Eisenbahngesellschaften der Vereinigten Staaten im Jahre 1924 ihren Kohlenverbrauch gegenüber dem Jahre 1919 um 8 Prozent vermindert was einer Kohlenersparnis von mindestens 2 Mill. Tonnen Kohle gleichkommt. Am Veralich mit 1919 wurden außerdem 15 Mill. Tonnen Kohle durch den Verbrauch von Kraftmaschinen statt Kohle bei der Eisen- und Stahlindustrie erspart. So ergab sich eine Gesamtersparnis von 44 Mill. Tonnen Kohle. Dazu kommen noch die Ersparnisse, die dadurch erzielt wurden, daß die Eisenbahnen viele Abstellplätze zu befördern hatten.

**Amerikanischer Gummilieferungsvertrag mit Holland.** Von amerikanischer Seite ist mit der größten holländischen Rohgummigesellschaft, der Rubber Culture N.V., Amsterdam, ein Abkommen zur Lieferung von jährlich 5,5 Millionen Pfund Gummi während der Jahre 1926 bis 1929 getroffen worden. Der Londoner monatliche Durchschnittspreis für das Standard Hebel soll jeweils für die Abnahme nachsteigend sein. Der Mittelpreis beträgt jedoch 2 a für das Pfund. Durch den Vertrag wird ungefähr die Hälfte der Erzeugnisse der holländischen Gesellschaft geliefert. Aus dem Verkauf dieser Mengen können die Erzeugungskosten der ganzen Ernte gedeckt werden.

## Die deutsche Außenhandelsbilanz im April ein Warnungszeichen.

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels im April hat den Reich gegeben, die eine Aktivierung unserer Handelsbilanz im Verlauf der Verminderung des Einfuhrüberschusses im Februar März, ohne durchgreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen für möglich halten. Der Einfuhrüberschuss ist von 328 auf 337 Millionen Mark gestiegen, das Defizit unserer Handelsbilanz in den ersten Monaten des Jahres 1925 beträgt 1687 Millionen Mark, was etwa Jahresdefizit von etwa 5 Milliarden entsprechen würde. Gibt diese Tatsache allein angeht die Belastung unserer Zahlungsbilanz durch die Reparationsannuitäten und durch die Verzinsung der Amortisation der Auslandskredite zu den schwersten Belästigungen, so stimmt die Gliederung der deutschen Einfuhr nach Gruppen noch bedenklicher. Der Anteil der Rohstoffe und Halbfabrikate der deutschen Einfuhr ist von 55,9 Prozent 1913 auf 54 Prozent den Monaten Januar-April 1925 gestiegen, der Anteil der Fabrikate in der gleichen Zeit von 15,3 Prozent auf 16,7 Prozent gestiegen.

Man kann dieser Entwicklung auf die Dauer nicht tatenlos zusehen und hoffen, daß der deutsche Außenhandel „von selber“ wieder ins Gleichgewicht kommen werde. Die Gefahren, die eine fortwährende in diesem Maße passivende Zahlungsbilanz für die Stabilität unserer Währung in sich birgt, sind zu groß. In erster Linie muß der Staat endlich der deutschen Wirtschaft den Kampf um den Weltmarkt erleichtern, indem er die außerordentliche Belastung der Produktion mit öffentlichen Subventionen vermindert. Die letzte Nummer der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, des Organs des Deutschen Industrie- und Handelsvereins, brachte Ausführungen über die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Steuern, Zinsen, Eisenbahnfrachten und Sozialversicherungsbeiträge, die angesichts der unbefriedigenden Entwicklung unserer Außenhandels besonders Beachtung verdienen. Danach ist die finanzielle Belastung von 4886,9 Millionen Mark, das sind 11,2 Prozent des Volkseinkommens im Rechnungsjahr 1913 auf 12,3 Milliarden Mark = 3,3% des deutschen Volkseinkommens (über den gegenwärtigen Höhe der Berechnungen zwischen 22 und 36 Milliarden Mark) im Rechnungsjahr 1924/25 gestiegen. Die Belastung des Eisenbahnfrachten stieg in der gleichen Zeit von 3058 auf 3110 Millionen Mark, ihr Anteil am Volkseinkommen betrug 6,7 Prozent, 1924/25 je nach der Schätzung des Volkseinkommens 12,5-20 Prozent, die durchschnittliche Belastung je Tonne zum Land gegebener Güter war im Januar 1925 67 Prozent höher als 1913. Die Sozialversicherung kostet uns gegenwärtig 1,65 Milliarden Mark, 30 Prozent mehr als vor dem Krieg und Regierung und Reichstag beschließen fröhlich Gesehe, die allein in der Angelegenheit und Unfallversicherung Mehrkosten von etwa 125 Millionen betragen.

Es ist klar, daß wir unsere vollkommen darniederliegende Wirtschaft nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen können, solange wir uns den Luxus leisten, das am teuersten verarbeitete Produkt der Welt zu sein, und solange wir die Kosten dafür rücksichtslos der Wirtschaft aufbürden. Es ist ferner klar, daß die Reichsbank bei allgemeiner zurückgegangener Leistung mit Unkosten arbeiten muß, die um nahezu 50 Prozent gestiegen sind. Es ist endlich klar, daß die Sozialpolitik, so notwendig sie unter normalen Umständen ausgebaut und erweitert werden darf, wenn eine Sozialpolitik, die die Wirtschaft erbrückt, ist recht sozial. Jede von Reich und Ländern ist es, in allen öffentlichen Ausgaben endlich die unter wirtschaftlichen Notlage entsprechende Sparmaßnahme zu wagen und an die Stelle der seinerzeit vom Reichsfinanzministerium so großem Stolz verkündeten „brutalen Steuerpolitik“ den Grundsatz der „brutalen Sparpolitik“ zu setzen. Erst wenn die unheimliche Belastung der Wirtschaft mit unproduktiven Ausgaben gemindert wird, kann die deutsche Industrie wieder in größerem Umfang ihre Erzeugnisse im Wettbewerb mit dem Ausland auf dem Weltmarkt abgeben.

## Warenmarkt.

**Dambura, 5. Juni.** (Eigener Drahtbericht.) Warenmarkt. Raffinierter Zucker. Die feste Tendenz des Remonteur Marktes kam in wesentlich erhöhter Schlussnotierungen zum Ausdruck. Rio hatte keine Preise bis um 9 Uhr erhöht. Unter Markt folgte langsam der Aufwärtsbewegung. Das Geschäft war andauernd beschränkt. Die Preise hielten sich ungenügend folgendem: Santos erica prima 118-124, Prima 111-118, Sekunda 108-114 und höher je nach Qualität und Herkunft. — Kakao. Der Markt verlor für Abnahmestärke in sehr geringer, im Abwesen von feiner Gütern. In Abnahme, wie auch in Kaffee waren es nur ein wenig ein wenig. — Reis. Für Burma erhielt sich Interesse bei größeren Umsätzen tendierte loco wie auch zum Termin etwas fest. Man notierte Burma II loco Juni-Juli mit 13,75, August-September mit 13,45, Juni mit 13,45, Juli mit 13,35, August mit 13,25, Burma III loco Juni-Juli mit 12,10, Juni mit 12,9, Juli mit 12,75, Malacca loco Juni-Juli mit 16,45, Juni mit 16,6, August mit 16,9, November-Dezember mit 16,45, Java 25 Mt.-Juni-Abladung von Java mit 15,45, Juni-August mit 16,3 genannt. — Schmalz. Amerikanisches raffiniertes 42 1/2-43,75, Dambura Schmalz 44 Dollar je 100 Netto. — Süßholzwurde. Gerinnes Geschäft auf dem Markt heute kein ruhiges Geschäft, doch konnten sich die Preise halten. Cobaltersoboden 25-28, Fob Sterling, Donanboden 11,10-12, raffiniertes Tellerlinien 29-39, raffiniertes Underlines 12-14 je 1000 Kilo, hell 20 boll, Gulden vor 100 Kilo, Viktorienboden 18,25 RM, per Zentner.

**Weinversteigerungen in der Pfalz.** Bei einer Versteigerung naturreiner Weine des Weinortes Frau Dr. Lehmann-Hilgard in Freinsheim kamen 13200 Liter 1924er Weißweine aus dem besten Lagen der Gemarkung Freinsheim zum Ausgab. Der Verkauf verlief sehr mäßig, jedoch das Angebot nicht immer der Nachfrage entsprechend. Die Preise für je 1000 Liter schwankten zwischen 800 und 1500 Mark.

**Süßholzwirtschaftliche Industrieabfälle.** Die Generalversammlung der Fritz Kohlenbergbaugesellschaft beschloß, dem Reingewinn von rund 6 (im Vorjahre 8) Mill. Mark eine Dividende von 45 (im Vorjahre 40) Mark auszuschütten. Die Kohlenförderung betrug 2 331 120 Tonnen. — Die Generalversammlung der Nordböhmisches Kohlenbergwerksgesellschaft beschloß, aus dem Reingewinn von 4 1/2 (im Vorjahre rund 4) Mill. Mark eine Dividende von 66 (im Vorjahre 62) Mark zu verteilen. Die Produktion betrug 2 045 166 Mark. — Die Krieger-Elektrischen Anlagen unternehmen weisen für 1924 einen Reingewinn von 355 744 Mark aus, der mit 300 992 Mark auf neue Rechnung übertragen wird. In der Generalversammlung der Rodbau-Neudeder Eisenwerke wurde der Jahresbericht für 1924, der eine zufriedenstellende Lage und steigenden Absatz feststellte, zur Kenntnis genommen. Der Reingewinn beträgt für das Jahr 1924 323 232 Mark, welche die Dividende von 8 Prozent gleich 16 Mark, ermöglicht. — Die Fritzlicher Bergbau A.G. beschloß, 7 Prozent Dividende für die Fritz Petrol-Öl- und Kettwerke A.G. beschloß, den Reingewinn von 180 488 Mark zu verwenden. — Auf dem Programm der Generalversammlung der Berg- und Hüttenwerke des Bergwerks-Gesellschaft steht ein Antrag auf Erhöhung des Reingewinns von 80 auf 90 Mill. Dieser Antrag ist schon in der vorjährigen Generalversammlung zum Beschluß erhoben worden, gelangte jedoch nicht zur Durchführung. — Die Wäsböhmische Eisen- und Thermoerke verteilten eine Dividende von 60 Prozent gleich 60 Mark. — Die Kohlenbergwerksgesellschaft Kirma beschloß, werden in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Kapital der ersten Grube beträgt 2,98 und das der letzten 5,27 Mill. Mark. — Die Mannesmann-Cable A.G. wurden in der letzten Zeit in das süßholzwirtschaftliche Eisenmarkt genommen und partizipieren an der Kursnotierung der Unternehmenserträge. Die Werke des Konzerns beschäftigen nahezu 2000 Arbeiter.



